

Kroatien vor den Wahlen

Tomislav Maršić

In Kroatien wird am 25. November ein neues Parlament gewählt. Nach einem innerparteilichen Führungswechsel im Frühjahr liefert sich die sozialdemokratische SDP ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der christlich-konservativen Volkspartei HDZ. Entgegen allen Erwartungen werden die zur Zeit laufenden EU-Beitrittsverhandlungen im Wahlkampf nicht parteipolitisch instrumentalisiert – statt dessen dominieren einerseits klassische innenpolitische Themen wie wirtschaftliche Fragen und die Bekämpfung der Korruption. Andererseits rückt mit dem bevorstehenden EU-Beitritt die Frage nach der Identität der kroatischen Gesellschaft stärker in den Mittelpunkt der Diskussion.

Noch bevor Kroatien erstmals – mit Unterstützung Serbiens – als nichtständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat gewählt wurde, hatte der HDZ-Vorsitzende und Premier Ivo Sanader vor dem Gremium die Unzufriedenheit mit den aus seiner Sicht zu niedrigen Haftstrafen bekundet, die der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) gegen drei in Massaker an kroatischen Zivilisten im Jahr 1991 verwickelte Serben verhängt hatte. Primärer Adressat der Rede dürfte indes die umworbene heimische Wählerschaft gewesen sein.

Trotz des eher wahlpolitischen Charakters dieses Auftritts spiegelt die landesweite Empörung, an die Sanader anknüpfte und aus der er Kapital zu schlagen hofft, die immer noch frische und nach wie vor sensible Frage nach der Identität der kroatischen Gesellschaft wider, die sich zumindest implizit auch aus der Erfahrung des

Krieges speist. Dass eine solche Identität auch in der Abgrenzung gefunden werden kann, zeigt die dauerhafte Konjunktur der EU-Skepsis ebenso wie die tiefgreifende Verwurzelung national-konservativer Werte in weiten Teilen der Gesellschaft. Trotz des Erlasses der entsprechenden Gesetze durch die Regierung in Zagreb bestehen auf lokaler Ebene weiterhin Probleme bei der Implementierung des Minderheitenschutzes und Widerstände gegen die Kooperation mit dem IStGHJ fort. Inwiefern der Rechtsstaat auf allen Ebenen funktioniert, wird von EU-Seite auch bei dem Prozess gegen den des Mordes an serbischen Zivilisten angeklagten Branimir Glavaš genau beobachtet. Dies gilt gleichermaßen für den einzigen vom IStGHJ an Kroatien übertragenen Prozess gegen die angeklagten Ex-Generäle Mirko Norac und Rahim Ademi.

Wohl auch vor diesem Hintergrund hat sich Sanader immer wieder unmiss-

verständlich gegen die Verharmlosung des kroatischen NSDAP-Pendants Ustaša gewandt und damit deutliche Akzente im anhaltenden Nationsbildungsprozess Kroatiens gesetzt. Zudem vertieft sich die kritische Betrachtung des Tadjman-Regimes; vor allem hier hat die EU viel zur Stärkung der Kräfte, die diese Kritik tragen, und zur Änderung der einheimischen Anreizstrukturen beigetragen.

Während somit durchaus parteiübergreifenden und vor allem lokalen reaktionären Strömungen zunehmend politische Säkularisierung entgegengesetzt wird, erfährt eine andere Erblast der Vergangenheit, die Vetternwirtschaft, noch nicht genügend Beachtung. Während die Korruption auf niedriger Ebene vielerorts wirksamer bekämpft wird, zeigen sich auf hoher Ebene immer noch Überreste weitverzweigter patrimonialer Klientelnetzwerke. Zum Synonym für diese Art von Patronageaktivitäten sind die Insiderprivatisierungen der neunziger Jahre geworden, bei denen vielfach der Regierung nahestehende Begünstigte preiswert erworbene Unternehmen gewinnbringend ausschalteten anstatt sie zu sanieren.

Ein erster großer Schlag gegen Korruption auf hoher Ebene gelang kürzlich im Rahmen von »Maestro«, einer gemeinsamen Aktion der Staatsanwaltschaft, der Polizei sowie des Amtes für die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität (USKOK), dem in diesem Bereich exekutive Kompetenzen übertragen wurden. Bei der Aktion wurden sieben Verdächtige verhaftet, darunter drei Vizepräsidenten des Aufsichtsrats des Kroatischen Privatisierungsfonds (HFP), in dem auch drei Kabinettsmitglieder sitzen – einige Vorgänge fallen in die sozialdemokratische Regierungszeit von 2000 bis 2003. Obwohl bezweifelt werden darf, dass die im Aufsichtsrat vertretenen Minister gänzlich ahnungslos waren, blieb der Vorfall bislang ohne politische Folgen – Premier Sanader hat von ersten Ankündigungen, den HFP aufzulösen, bereits wieder Abstand genommen. Hier stellt sich – nicht zuletzt für die

parteiverdrossene Bevölkerung – die Frage, wie schonungslos in dieser Sache aufgeklärt wird. Die Vielzahl kleinerer und größerer Affären einiger HDZ-Minister und sein verspätetes Bekenntnis zur Korruptionsbekämpfung kosten den Premier zusehends Glaubwürdigkeit. Auch bei der Entpolitisierung und Professionalisierung der Justiz ließ die HDZ unter Sanader oftmals die letzte Entschlossenheit vermissen.

Parteienlandschaft vor den Parlamentswahlen

In Kroatien hat sich ein moderates und trotz seiner Fragmentiertheit über mehrere Wahlperioden stabiles Parteiensystem etabliert, dessen Protagonisten, die SDP und die HDZ, ihre Auseinandersetzungen in der politischen Mitte austragen.

Die beiden Volksparteien liegen in Umfragen bei um die 30 Prozent, wobei die SDP einen kleinen, aber soliden Vorsprung für sich verbuchen kann. Sollte sich dieser Trend längerfristig verstetigen, ist insbesondere angesichts der schwindenden Unterstützung für kleinere Parteien der Mitte mit einer verstärkten Konzentration des kroatischen Parteiensystems zu rechnen.

Sanader hat den semi-autokratischen Wahlverein Franjo Tadjmans nach dessen Tod weitgehend zu einer reformistischen und moderaten Volkspartei der rechten Mitte umgebaut. Die programmatische Neuausrichtung der HDZ spiegelt sich in einer Abnahme des Euroskeptizismus in der HDZ-Wählerschaft wider. Die traditionalistischen, national-konservativ orientierten Wählerschichten haben sich größtenteils von der Partei abgewandt.

Europakritische Haltungen sind vor allem bei der zentristischen Bauernpartei (HSS) und der rechtsnationalen Partei des Rechts (HSP) zu finden. Grundsätzlich vertritt jedoch keine Partei fundamental europaskeptische Positionen.

Die SDP, Hauptherausforderin der regierenden HDZ, befindet sich seit der überraschenden Wahl des pragmatischen und relativ unbekanntem jungen Ex-Diplomaten

Zoran Milanović zum Parteichef auf einem Höhenflug. Nachdem der ehemalige Premier und langjährige Oppositionsführer Ivica Račan im Frühjahr einem Krebsleiden erlegen war, hatte sich die Parteispitze auf den unlängst zur SDP beigetretenen ehemaligen Wirtschaftsminister und -professor Ljubo Jurčić als Kandidat für das Amt des Premierministers festgelegt.

Während der neue Parteichef medial glänzt, zeigt das Image des bisweilen technokratisch wirkenden Premierkandidaten, der zumal keine eigene Hausmacht in der SDP besitzt, erste Abnutzungserscheinungen. Insofern bleibt abzuwarten, ob Jurčićs anfänglicher Glaubwürdigkeitsvorteil – seine parteipolitische Außenseiterschaft und die ihm zugebilligte Kompetenz als »Experte« – ihm nicht doch letztendlich zum Nachteil gereicht.

Zudem muss die augenblickliche Stärke der SDP relativiert werden: Zum einen liegt der hohen Zustimmung im wesentlichen eine Verschiebung des Stimmenpotentials innerhalb des linken Lagers zugrunde, die aus Stimmenverlusten bei der linksliberalen HNS resultiert. Zum andern hat die HDZ in dem für Exilkroaten vorgesehenen Diasporawahlkreis eindeutige Vorteile.

Bei der Regierungsbildung wird die Koalitionsarithmetik folglich eine entscheidende Rolle spielen. Obwohl die stärkste Partei zunächst den Auftrag erhalten wird, eine Regierungskoalition zu bilden, kann die HDZ aufgrund der überwiegend konservativen Prägung kleinerer Parteien auf ein größeres Reservoir an Koalitionspartnern zurückgreifen. Neben der Pensionärspartei (HSU) ist vor allem das Vorwahlbündnis aus Bauernpartei und der rechtsliberalen HSLS zu nennen. Die krisengeschüttelte HSP ist als Partner fraglich geworden, nachdem die EU bei den letzten Parlamentswahlen der HDZ nahegelegt hatte, auf eine Koalition mit der HSP zu verzichten. Dabei hat die HSP als drittstärkste Partei großes Gewicht. Zwar mäßigte sie aufgrund der Regierungsambitionen ihres Vorsitzenden Anto Djapić ihr politisches Auftreten und stimmte im Sabor oft

gemeinsam mit der HDZ (und verlor dadurch an Rückhalt). Gleichzeitig vertritt sie jedoch weiterhin extreme Positionen, wie etwa in ihrer Unterstützung von Branimir Glavaš deutlich wird.

Grundsätzlich ist der Parteienwettbewerb von einer starken Personalisierung geprägt. Symptomatisch ist die Benennung eines Premierkandidaten durch die eher kleine HNS. Da Themen wie der EU-Beitritt und die zugehörigen Politiken unstrittig sind, verlagert sich die programmatische Auseinandersetzung auf Wirtschaftsfragen, hier vor allem auf Arbeitslosigkeit und die Generierung von Wachstum.

Wirtschaftspolitik als wichtige Unterscheidungskomponente

Substantielle programmatische Unterschiede zwischen HDZ und SDP bestehen vor allem in der Wirtschaftspolitik. Die Mitte-rechts-Partei verfolgt ein »3-mal-7-Programm«: 7 Prozent angepeiltes Wachstum, eine Arbeitslosenquote von 7 Prozent und die Implementierung von 7 wachstumssteigernden Projekten. Diese Strategie, die im Grunde der Maxime »weiter so« gehorcht, zielt vor allem auf eine Fortsetzung der restriktiven Haushaltspolitik.

Die SDP dagegen propagiert ein Programm des »deficit spending« keynesianischer Prägung. In diesem Sinne plant sie eine vorübergehende Erhöhung der Staatsverschuldung auf 5 Prozent bis 2009, um Investitionen ins produzierende Gewerbe einzuspeisen. Die SDP sieht zudem eine Abwertung der seit 1993 konstant überbewerteten Kuna vor, um den Export anzukurbeln, und zieht hierzu auch die Option in Betracht, die gesetzliche Grundlage der (politisch unabhängigen) kroatischen Notenbank zu ändern.

Abgesehen von der mit rund 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hohen Auslandsverschuldung weist die kroatische Wirtschaft gleichwohl relativ vorteilhafte makroökonomische Rahmendaten auf. Die Arbeitslosigkeit ist ebenso wie das Haushaltsdefizit seit Jahren leicht rückläufig,

Kroatische Parteien

- HDZ** Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatisch-Demokratische Gemeinschaft)
- HNS** Hrvatska Narodna Stranka (Kroatische Nationalpartei)
- HSLS** Hrvatska Socijalno Liberalna Stranka (Kroatische Sozialliberale Partei)
- HSP** Hrvatska Stranka Prava (Kroatische Partei des Rechts)
- HSS** Hrvatska Seljačka Stranka (Kroatische Bauernpartei)
- HSU** Hrvatska Stranka Umirovljenika (Kroatische Pensionärspartei)
- SDP** Socijaldemokratska partija Hrvatske (Sozialdemokratische Partei Kroatiens)

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

bewegt sich jedoch auf hohem Niveau, die Inflation ist stabil, aber das Wachstum schöpft mit 4 bis 5 Prozent seit der Jahrtausendwende das strukturelle Potential nicht voll aus. Das Exportwachstum bleibt zu schwach, um die defizitäre Handelsbilanz nachhaltig zu korrigieren – ein deutliches Zeichen für mangelnde Konkurrenzfähigkeit. Der kroatische Markt ist noch immer stark geschützt, der Staat trägt mit den von ihm beherrschten Unternehmen einen stolzen Anteil von 51,6 Prozent zum BIP bei. Dabei fließen hohe Subventionen in privatisierungsreife Industrien wie Schiffsbau und Stahlerzeugung. Reformstau herrscht darüber hinaus im Gesundheits- und Bildungssektor.

Die Heritage-Foundation bescheinigt Kroatien einen geringen Grad wirtschaftlicher Freiheit (definiert als Kontrolle über Arbeit und Besitz): Weltweit liegt es auf Platz 109 von 157, in Europa gar auf Platz 37 von 41. Die Gründe für das relativ schlechte Rating liegen vor allem im langsam arbeitenden und ineffizienten Justizwesen mit negativen Auswirkungen auf das Investitionsklima, in der noch nicht ausreichend eingedämmten Korruption (im entsprechenden Index von Transparency International nimmt Kroatien die 64. Stelle von 179 ein) und der hohen Staatsquote. Trotz sehr hoher Steuerbelastung (über 40 Prozent) sind die Durchschnittseinkommen nach den slowenischen die höchsten im Vergleich der neuen EU-Mitglieder.

Fazit

Neben den erwähnten Unterschieden in der Wirtschaftspolitik wird sich eine SDP-geführte Regierung auch im Hinblick auf das Verhältnis zu Bosnien-Herzegowina von der HDZ absetzen. Nachdem alle Regierungen seit 2000 den Kroaten in Bosnien ihre Unterstützung kontinuierlich entzogen haben, wird die Entscheidung der SDP, diesen künftig das Wahlrecht in Kroatien abzuerkennen und in dem von ihnen dominierten Diasporawahlkreis gar nicht erst anzutreten, diesen Trend weiter verstärken.

Da Kroatien ein strukturell konservatives Land ist, wird eine mitte-links geführte Regierung bei der Durchsetzung von Reformen, die »nationalen Interessen« augenscheinlich abträglich sind, auf größeren innenpolitischen Widerstand stoßen. Dieses Muster, das sich bereits während der ersten sozialdemokratischen Regierung zeigte, als über die Frage der Zusammenarbeit mit dem IStGHJ diskutiert wurde, könnte insbesondere virulent werden, wenn polarisierende Fragen in den Beitrittsverhandlungen zur Klärung anstehen. Dies ist vor allem dann zu erwarten, wenn eine ähnlich fragmentierte Regierungskoalition mit starken Vertretern von Partikularinteressen jene zentrifugalen Kräfte entfaltet, die bereits die erste SDP-geführte Koalition schwächte. Aus dem prognostizierten Kopf-an-Kopf-Rennen lässt sich in heutiger Sicht für keine der beiden Volksparteien eine komfortable Regierungsmehrheit ableiten.

Trotz der fortbestehenden Probleme im Justizbereich, bei der Korruptionsbekämpfung und der Durchsetzung staatlicher Entscheidungen auf lokaler Ebene hat der Populismus in der Kommunikation der Parteien mit der Bevölkerung an Boden verloren. Dagegen hat sich der moderate Wettbewerb um gemäßigte Wähler belebt. Insbesondere der verantwortungsvolle parteipolitische Umgang mit den EU-Beitrittsverhandlungen unterstreicht Kroatiens Fortschritte auf dem Weg der Konsolidierung. Gleichwohl gibt das inkonsequente Vorgehen gegen kriminell agierende Patronagenetzwerke auf hoher Ebene Anlass zur Sorge – gerade an diesem Punkt ergibt sich für die EU innerhalb der Beitrittsverhandlungen die Möglichkeit, Fortschritte in der Annäherung an die Union daran zu knüpfen, dass in diesem Bereich Verbesserungen erzielt werden. Wie im Zusammenhang mit den zwei letzten Beitrittsrunden deutlich geworden ist, sollten die aufgezeigten Defizite unbedingt vor einer Mitgliedschaft unter Kontrolle sein, da mit dem Beitritt die disziplinierende Zwangswirkung der Aufnahmebedingungen verfällt.